

MARKTGEMEINDEAMT SCHRUNS  
Hauptverwaltung

Schruns, am 04.12.1978

Verhandlungsschrift

über die am Mittwoch, dem 29.11.1978 um 20.15 Uhr im Sitzungssaal der Marktgemeinde Schruns stattgefundene 32. öffentliche Sitzung der GEMEINDEVERTRETUNG.

Anwesend: Bgm. Wekerle Harald als Vorsitzender.  
Vbgm. Brugger Georg, die Gemeinderäte  
Ganahl Edmund, Dügler Rudolf, Schmidt  
Karl und Tomaselli Oskar.  
Die Gemeindevertreter bzw. Ersatzleute  
Vonbank Peter, Dr. Sander Hermann,  
Kieber Ludwig, Marosch Manfred, Haumer  
Rudolf, Schnetzer Ludwig, Hueber  
Guntram und Vonier Eugen für die ÖVP.  
Hutter Josef, Schönborn Eleonore und  
Mühlbacher Herbert für die ORTSPARTEI.  
Zangerle Armin, Kessler Emil und  
Bitschnau Werner für die SPÖ.  
DDr. Bertle Heiner für die FPÖ.  
Referent: Gde.Kassier Fenkart Karl.  
Schriftführer: GSekr. Marchetti Herbert.

Entschuldigt abwesend: Dipl. Ing. Kieber  
Herbert, Netzer Fritz, Dkfm. Piske Jürgen,  
Dipl. Ing. Eder Albert, und Konzett Manfred.

Die Zustellung der Einladung zur gegenständlichen Sitzung erfolgte nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes zeitgerecht.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Erledigte

Tagesordnung:

- 1.) Rechnungsabschluß 1977.
- 2.) Voranschlag 1979 für das Gemeindekrankenhaus.
- 3.) Stellenplan 1979.

- 4.) Bürgschaftsübernahme durch den Stand Montafon für den Verkehrsverband Montafon.
- 5.) Ankauf eines Restgrundstückes beim alten Tennisplatz.
- 6.) Berichte des Vorsitzenden und Allfälliges.

Zu 1.)

Der Rechnungsabschluß 1977 ist allen Mitgliedern der Gemeindevertretung Anfang September 1978 nachweislich zugestellt worden und konnte nach dem Abschluß der Prüfungsarbeiten durch den Überprüfungsausschuß in die Tagesordnung zur Beschlußfassung aufgenommen werden.

Der Vorsitzende erläutert die Neuerungen, welche aufgrund der nunmehr gültigen Voranschlags- und Rechnungsverordnung eingetreten sind und gibt Erklärungen zu den einzelnen Gruppen.

Der Prüfungsbericht des Finanzüberprüfungsausschusses wird vollinhaltlich wie folgt verlesen:

I. Vorbemerkungen:

In der Zeit vom 06.10. bis 27.10.1978 wurde in 4 Sitzungen die Gebarung vom Prüfungsausschuß überprüft.

Die Prüfung der Gemeindehauptkassa wurde vorschriftsgemäß am 08.11. und am 27.12.1977 durchgeführt. Die Prüfungsbefunde liegen dem Bericht gesondert bei.

Außerdem wurden die Nebenkassen des Krankenhauses und des Fremdenverkehrsamtes kontrolliert.

Von der Gemeindeverwaltung wurden uns alle erforderlichen Unterlagen zur Prüfung vorgelegt.

II. Jahresabschluß:

- 1.) Bestandskonten der Finanzbuchhaltung:  
Die vorgetragenen Beträge im Rechnungsabschluß 1977 waren identisch mit den auf den Bestandskonten ausgewiesenen.
- 2.) Kontostand bei Banken und Sparkassen:  
Die ausgewiesenen Salden in der Buchhaltung waren identisch mit den Bank- und Kontoauszügen.
- 3.) Steuerkontokorrent:  
Die Außenstände wurden gegenüber dem Vorjahr etwas geringer.  
Sie betragen S 2.563.516,46.
- 4.) Vergleich der Buchungsbelege mit den jeweiligen Konten:  
Die Überprüfung wurde auf Stichproben beschränkt. Es wurden keine Unstimmigkeiten festgestellt.

- 5.) Kontrolle unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit:
- a) bei der Überprüfung der Stromabrechnungen werde festgestellt, daß die Energiekosten im "Haus der Gastes" nicht geringer wurden.  
Im Prüfungsbericht 1976 wurde darauf hingewiesen, daß diese Kosten extrem hoch seien.

- 3 -

Gegenüberstellung der Stromkosten:

	1977	1978
Heizung im Jan. - Febr.	22.914,--	25.063,45
im Juli - Aug.	1.069,98	2.738,97
Licht im Jan. - Febr.	14.165,97	13.439,76
im Juli - Aug.	16.147,43	14.166,90

Nach Auskunft sind noch keine effektiven Kontrollen vorgenommen worden. Wir sind der Auffassung, daß dringend überprüft werden soll, ob der Energieverbrauch mit den prognostizierten Kosten bei der Projektierung im Einklang steht.

- b) Im Rechnungsabschluß, Seite 135, Haushaltsstelle 6170 (Gemeinde Bauhof) wird die Erhöhung von

S 737.125,--

das sind um rd. 30 % mehr, als im Budget vorgesehen, nur folgendermaßen begründet: "Bedingt durch Erhöhung des Personalstandes und Lohnerhöhungen."

In verschiedenen Sitzungen wurde schon des Öfteren von verschiedenen Gemeindevertretern die Auffassung deponiert, daß gerade bei den gemeindeeigenen Betrieben der Personalstand so klein, wie irgend vertretbar, gehalten werden soll.

Mehrere Aussendungen und Äußerungen namhafter Politiker haben sich mit diesen Problemen befaßt. Die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft setzte sich anläßlich ihres 25-jährigen Bestehens mit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben auseinander.

Wer die Diskussionen in den letzten Jahren verfolgt hat, sieht, daß dieses Thema zusehends Wiederhall und Aufmerksamkeit findet.

Nach einer sozialwissenschaftlichen Studie meinten 70 % der Befragten, daß die Privatwirtschaft leistungsfähiger sei. 78 %

hielten die Privatwirtschaft auch für schneller.  
Sehr viele sind der Meinung, daß die öffentliche Hand schon zu viele Funktionen und Aufgaben zu erfüllen habe. Sie sollte deshalb von verschiedenen Dienstleistungen entlastet werden, bzw. sollten Agenden an private Unternehmen übertagen werden. Einige Beispiele sollen aufzeigen, wie in anderen Gemeinden diese Probleme gelöst werden:

In Gmunden hat die Gemeinde das Kur-Reisebüro verpachtet. Das Budget ist somit entlastet, und durch die Lizenzverpachtung fließt noch Geld in die Gemeindekasse zurück.

Die Bestattungsanstalt von Gmunden bringt durch Verpachtung seit 1971 der Gemeinde S 40.000,-- jährlich. Das Defizit vor 1971 betrug pro Jahr S 130.000,--.

Die Gärtnerei der Stadt Salzburg zahlt seit der Privatisierung S 20.000,-- jährlich an die Gemeinde (Defizit vor 1974 pro Jahr S 100.000,--).

Anschließend noch ein Beispiel aus unserer Gemeinde:

Bei Eröffnung des Eislaufplatzes in Tschagguns war vor der Verpachtung ein wesentlich größerer Abgang zu verzeichnen, z. B. im Jahr 1973

Einnahmen	S 180.378,44	
Ausgaben	" 320.778,11	
Abgang		S 140.399,67

- 4 -

im Jahr 1974	Einnahmen	S 35.608,60	
	Ausgaben	" 88.976,22	
	Abgang		S 53.367,62

Die aufgezeigten Beispiele sollen nicht als negatives Pauschalurteil aufgefaßt werden, sondern einen Denkanstoß in der Richtung darstellen, daß gewisse Bereiche der Gemeinde-Haushaltsstellen in Zukunft besonders unter die Lupe genommen werden müssen, um alle Möglichkeiten auf Gemeindeebene auszuschöpfen und sinnvolle Einsparungen vorzunehmen.

Wir sind der Auffassung, daß als erste Stufe bessere Vergleichsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Nach Rücksprache mit der Landesrevisionsstelle und dem Gemeindeverband wären entsprechende Unterlagen aus anderen Gemeinden erhältlich.

Wir beantragen daher, daß die Gemeindeverwaltung durch die Gemeindevertretung angewiesen werden solle, die entsprechenden Unterlagen (Rechnungsabschlüsse 1977) zu beschaffen.

z.B. von Mittelberg	3 900 Einwohner
Nenzing	4 324 "

Lech	1 218	"
Lauterach	5 504	"
Nüziders	2 742	"
Frastanz	4 976	"

Diese Unterlagen sollen, bezogen auf Schruns, ausgewertet werden.

Bei der Sichtung der Belege aus dem Bereich "Bauhof" wurde festgestellt, daß im Tagesbericht nur die Stunden rapportiert werden. Das verbrauchte Baumaterial wird nur aliquot den geleisteten Stunden zugeordnet.

Wir beantragen, daß der echte Materialverbrauch rapportiert werde.

6.) Kassagebarung:

Die Kontrollen ergaben die buchmäßige Übereinstimmung.

III. Kontrolle der Niederschriften und Beschlüsse des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung:

Die Protokolle waren ordnungsgemäß unterfertigt, Unstimmigkeiten wurden von uns nicht festgestellt.

IV. Schlußbemerkung:

Der Rechnungsabschluß der Marktgemeinde Schruns ist ordnungsgemäß aus den Büchern entwickelt. Es wurden keinerlei Gesetzeswidrigkeiten festgestellt.

Die Gemeindevertretung soll darüber befinden, in welcher Art die Ausführungen unter II. 5.) in Zukunft berücksichtigt werden.

Der Gemeindeverwaltung gebührt Dank und Anerkennung für die korrekt geführte Buchhaltung.

Schruns, den 24.11.1978

Der Prüfungsausschuß

gez. P. Vonbank

Obmann

Der Vorsitzende gibt zu den einzelnen Punkten Stellungnahmen ab.

Zu Pkt. 5.) des Berichtes gibt er bekannt, daß die veranlassten Überprüfungen durch die Lieferfirma keine Senkung der Energiekosten im "Haus des Gastes" gebracht haben. Er habe nunmehr veranlasst, daß die Energiekosten durch ein Energieberatungsbüro, im Wege des Wirtschaftsförderungsinstitutes überprüft werden.

Bezüglich des Betriebes des Gemeindebauhofes und der Gemeindegärtnerei ist der Vorsitzende grundsätzlich von der Notwendigkeit dieser Einrichtungen im gegenwärtigen Umfang überzeugt. Aufgezeigte Mängel werden abgestellt.

Die Einholung von Rechnungsabschlüssen bei den angeführten Gemeinden wird veranlasst.

In der Debatte liegt der Schwerpunkt auf Bauhof, Gärtnerei, sowie bei den Ausgaben für die Fremdenverkehrswerbung. Die gestellten Fragen werden vom Vorsitzenden oder Gemeindegassier Fenkart beantwortet.

GR. Schmidt stellt die Anfrage, ob für den Bauhof während des Winters genügend Arbeit gegeben ist. Sollte dies nicht der Fall sein, müßte rechtzeitig für anderweitige Beschäftigung (Hochjochbahn usw.) der Bauhofarbeiter Sorge getragen werden.

GV. DDr. Bertle urgiert die Einholung von Angeboten von Gärtnereien, damit geklärt werden könnte, ob auf diese Art die jährlichen Gärtnereiarbeiten nicht kostengünstiger ausgeführt werden könnten.

GV. Hueber Guntram vertritt hingegen die Meinung, daß bei einem evtl. Ausbau der Gemeindegärtnerei Verkaufserlöse erzielt werden könnten.

VbGm. Brugger Georg betrachtet die Werbekosten des Verkehrsamtes als überhöht und ist der Meinung, daß diese Mittel zielführend eingesetzt werden sollen.

GR. Ganahl Edmund erinnert daran, daß anlässlich der Beschlußfassung über den Rechnungsabschluß jährlich verschiedene Anregungen gemacht werden, welche teilweise unberücksichtigt geblieben sind.

Abschließend stellt der Vorsitzende den Antrag auf Genehmigung des Rechnungsabschlusses 1977 in der vorliegenden Form wie folgt:

Einnahmen in der Erfolgsgebarung . . . . .	S 56.782.278,86
Einnahmen in der Vermögensgebarung . . . . .	" 18.958.118,31
Zusammen . . . . .	S 75.740.397,17

Ausgaben in der Erfolgsgebarung . . . . .	S 54.742.661,03
Ausgaben in der Vermögensgebarung . . . . .	" 22.032.858,82
Ergibt einen Gebarungsabgang von . . . . .	S 1.035.122,68

Der Gebarungsabgang ist durch die Abdeckung des Gebarungsabganges aus dem Jahre 1975 mit S 3.184.702,57 entstanden, sodaß die Rechnung 1977 mit einem Überschuß von S 2.149.579,89 abschließen würde. Das Reinvermögen beträgt am 21.12.1977 S 97.842.126,62.

Der vorliegende Antrag wird stimmenmehrheitlich beschlossen. Gegenstimme:  
GR. Ganahl Edmund.

Zu 2.)

Der Voranschlag 1979 für das Krankenhaus Schruns, ist den Mitgliedern der Gemeindevertretung rechtzeitig zugegangen. Der Vorsitzende erläutert die Positionen des Voranschlages und verweist im einzelnen auf die vorgesehenen Anschaffungen und Investitionen. Insbesondere stellt er fest, daß die Dachreparatur bzw. der Umbau des Dachstuhles im Voranschlag 1979 nicht vorgesehen ist. Der Vorsitzende vertritt die Meinung, daß die Arbeit nicht im Jahre 1979 durchgeführt werden muß, da der Zustand des Daches eine sofortige Generalsanierung nicht verlange. Es soll daher eine genaue Überprüfung stattfinden, damit eine zweckmäßige Lösung mit optimalem Nutzen gefunden werden kann.

Verschiedene Anfragen zum Voranschlag werden vom Vorsitzenden und vom Gemeindegassier beantwortet.

Über Antrag des Gemeindevorstandes und des Finanzausschusses wird nachfolgender Voranschlag einstimmig genehmigt:

ERFOLGSGEBARUNG

a)	Gesamteinnahmen		S 6.685.000,--
b)	Gesamtausgaben:		
	Erfolgsgebarung	S 7.393.000,--	
	Vermögensgebarung	" 232.000,--	" 7.625.000,--
c)	Gebarungsabgang	S 940.000,--	

Die Abgangsdeckung erfolgt durch 40 %-igen Beitrag des Landes, 40 %-igen Beitrag der Wohngemeinden der Krankenhauspatienten und 20 %-igen Selbstbehalt als Rechtsträger des Krankenhauses.

Zu 3.)

Der Vorsitzende berichtet über die stattgefundene Sitzung des Personalausschusses und den dort gestellten Anträgen an den Gemeindevorstand für Beförderungen und Erhöhungen von Zulagen und beantwortet hiezu gestellte Fragen.

Eine Debatte ergibt sich bezüglich der personellen Besetzung des Verkehrsamtes.

Dabei wird festgestellt, daß jene Bedienstete (Frl. Dekker-Kleijn) welche die französische Sprache beherrscht, für die Abwicklung des Gästemeldewesens eingesetzt ist und daß die übrigen Bediensteten nicht die gegebenen Kursmöglichkeiten für Fremdsprachen nützen.

GR. Tomaselli erwartet eine Reduzierung in der Hoheitsverwaltung um 2 Posten, da die durch Pensionierung ausscheidenden Kräfte bereits jetzt mit Nachwuchsleuten besetzt sind. Diese Reduzierung wird vom Vorsitzenden bestätigt.

Über Antrag des Personalausschusses wird der Stellenplan 1979 stimmenmehrheitlich genehmigt; Gegenstimmen: GR. Ganahl Edmund, GV. Schönborn Eleonore mit der Begründung, daß mehrmals aufgezeigte Mängel nicht berücksichtigt wurden.

Zu 4.)

Der Vorsitzende verliest einen Beschluß des Standes Montafon vom 31.10.1978 wie folgt: "Dem Verkehrsverband Montafon in Schruns, wird gegenüber der Raiffeisenbank für Montafon in Schruns, eine Ausfallsheftung für einen Kredit bis zu einer Höhe von S 300.000,-- übernommen. Einstimmige Beschlußfassung."

Damit der vorzitierte Beschluß in Rechtskraft erwachsen kann, ist es notwendig, daß die Gemeindevertretungen der 10 Montafoner Gemeinden im Sinne des § 10 des Landesstatutes ihre Zustimmung geben.

Wie der Vorsitzende hiezu erläutert, ist die Kreditaufnahme durch den Verkehrsverband Montafon notwendig, weil verschiedene Fremdenverkehrsabgaben der Gemeinden mit großer Verzögerung einlaufen und daher keine liquiden Mittel mehr zur Verfügung stehen.

Über Antrag des Vorsitzenden wird dem gegenständlichen Landesbeschuß ohne weitere Debatte einstimmig die Zustimmung erteilt.

Zu 5.)

Frau Amann Ilse, Schruns, Außerlitzstraße hat der Marktgemeinde Schruns die Gp. 935/1 KG. Schruns im Ausmaß von 562 m<sup>2</sup> zum Kauf angeboten. Diese Gp. verläuft zwischen dem alten Tennisplatz und dem Mühlbach und ist mit einem Geh- und Fahrrecht zugunsten von 3 Einlagezahlen des Grundbuches Schruns, in einer Breite von 2 m belastet. Bei Abzug des in der Natur angelegten und asphaltierten Weges, verbleiben noch ca. 200 m<sup>2</sup> Grund, welche zur Hauptsache im Bereich des alten Tennisplatzes liegen. Die Grundstücksfläche kann teils zur Vergrößerung des ehemaligen Tennisplatzes und teils als Autoabstellplatz genutzt werden.

Über Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen, die Gp. 935/1 unter Mitübernahme der bestehenden Servitutslasten, zum vereinbarten Pauschalpreis von S 25.000,-- anzukaufen.

Zu 6.)

Der Vorsitzende berichtet:

- a) Hauptschule Schruns-Grüt - Kostenentwicklung - Voranschlag des Hauptschulverbandes - vorgesehener Ankauf des Grundwasserpumpenareals und der Grundwasserpumpe;
- b) über die Vorarbeiten zur vermögensrechtlichen Trennung des Hauptschulverbandes Montafon mit den Gemeinden St. Gallenkirch und Gaschurn;
- c) daß der Zwischenbericht über die Raumplanung Montafon erstellt und die Endauswertung bis März 1979 zu erwarten ist und
- d) daß Gespräche mit der Fa. Kunert bezüglich der Betriebsauflösung des Schrunser Zweigbetriebes stattgefunden haben.



Unter "Allfälligem" berichtet GV. Haumer Rudolf, daß die Schlußabrechnung über den Museumsanbau erstellt wurde und die Kosten im Voranschlagsrahmen verblieben sind.

GV. Kessler Emil stellt Anfragen bezüglich Eröffnung Löwenhotel, Parkplatzverminderung in der Tiefgarage durch den Heizungseinbau und kritisiert die Nacht- und Sonntagsarbeit bei diesem Objekt.

Gegen die Verhandlungsschrift der vorausgegangenen 31. öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wird kein Einwand erhoben, sodaß dieselbe als genehmigt gilt.

Ende der Sitzung: 23.00 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Vorsitzende:

GSakr.

Bürgermeister